

Abstimmungen

Die Schweiz lehnt die Neutralitätsinitiative deutlich ab. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth macht nun der Mitte und der FDP ein Angebot für eine Mitte-links-Sicherheitspolitik.

Othmar von Matt

Es hallt ein lautes, langgezogenes «jaaaa» durch das Restaurant Grosse Schanze in Bern, als SRF Punkt 12.30 Uhr die erste Hochrechnung zur Neutralitätsinitiative veröffentlicht: 71 Prozent sagen Nein. Definitiv sind es später 70,2 Prozent. Der Schrei stammt von SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Es folgt eine Umarmungskaskade der Gegner der Initiative. Wermuth schliesst erst GLP-Fraktionschefin Corina Gredig in die Arme, dann FDP-Co-Präsidentin Susanne Vincenz-

Stauffacher. Später boxen sich Wermuth und Vincenz-Stauffacher noch scherzhaft in die Schultern. Die Erleichterung ist gross. «Ich bin richtiggehend gerührt», sagt Wermuth. Vincenz-Stauffacher gesteht sogar: «Eine Restunsicherheit blieb.» Das Nein sei deshalb ein «enorm wichtiges» Zeichen: «Die Stimmberechtigten erlagen den Schmalmeinklängen nicht, obwohl die ganze Schweiz mit Plakaten zugepflastert war.» Wermuth und Vincenz-Stauffacher deuten das Resultat unterschiedlich. Vincenz-Stauffacher sagt, die Schweiz

wolle «keine versteinte Neutralität». Wermuth hingegen spricht von einem grossen Sieg der direkten Demokratie: «Dieses Nein schafft viel Vertrauen in die direkte Demokratie.» Das Resultat sei symbolisch, weil nach der SRG-Halbierungsinitiative und der 10-Millionen-Schweiz ein drittes «nationalistisches und demokratiepolitisch heikles Projekt» eine deutliche Niederlage erfahren habe, betont Wermuth. Zudem stärke die Schweizer Bevölkerung das internationale Recht in einer Zeit, «in der die extreme Rechte weltweit zulegt».

Höchster Betrag eines Einzelspenders
Deutlich gedämpfter ist die Stimmung im Bürgerratssaal des Casinos Bern. Dort sind die Mitglieder des Initiativkomitees versammelt. Sie werden gebeten, ab 11.58 Uhr vor den Kameras bereitzustehen, wenn SRF eine allererste Wasserstandsmeldung gibt. Sie tun es mit reglosen Mienen.

Es ist eine Kanterniederlage. Und eine kostspielige dazu. SVP-Doyen Christoph Blocher und Pro Schweiz verfügen über 5,7 Millionen Franken, das Nein-Lager über 1,82 Millionen. Initiator Blocher alleine investierte 3,88 Millionen Franken, mehr als jede Einzelperson seit der Offenlegungspflicht.

Er würde das wieder tun, sagt er auf seinem Haussender «Teleblocher». «Das ist nicht das Ende der Diskussion, sondern der Anfang. Unterlaufen die Behörden die Neutralität, müssen wir wiederkommen.» Wie, sagt er nicht. Aber er hält fest: «Ich habe verstanden: Die Neutralität kommt nicht in die Verfassung.» Werner Gartenmann, Geschäftsführer von Pro Schweiz, erzählt von den Schwierigkeiten, die das Komitee bei der Unterschriftensammlung hatte, selbst unter SVP-Sympathisanten. «Der Russland-Effekt war stark», sagt er. Vor allem in der älteren Generation sei der Feind des Kalten Krieges nach wie vor stark verankert.

Er selbst sieht einige Handlungsfelder. «Die Schweiz wird über die Ar-



Die Gegner der Neutralitätsinitiative jubeln nach dem Nein. Bild: Alessandro Della Valle / Keystone

mee ins Internationale rutschen», hält er fest. Inzwischen geht er so weit, zu betonen: «Es wäre nun ehrlicher, über einen Nato-Beitritt zu diskutieren.» Ihm sind das neue Militärgesetz und die neue Armeeorganisation ein Dorn im Auge. Dass Ausbildungsdienste für Schweizer Soldaten obligatorisch werden sollen, kann er nicht verstehen. «Das ist der Tod der Milizarmee.»

Es sind aber auch politische Ausrichtungsfragen, die sich nach dem deutlichen Nein stellen. So fordert etwa der Verein NeutRealität, der die Initiative bekämpft hat, es sei Zeit, sich Er selbst sieht einige Handlungsfelder. «Die Schweiz wird über die Ar-

Wiedmer verlangt: «Sicherheitspolitik muss heute von bürgerlich bis links gemacht werden. Ein guter Teil der SVP ist wegen seines Isolatismus und wegen seiner Russland-Freundlichkeit eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz.»

SP streckt die Hand aus

Auch in der SP gibt es Überlegungen in diese Richtung. «Wir strecken die Hand aus», sagt Co-Präsident Cédric Wermuth. «Wir sind offen, mit FDP und Mitte nochmals eine Diskussion zu führen über die notwendigen Schritte in der Sicherheitspolitik.» Das Angebot gelte aber nicht für die «aktuellen Aufrüstungspläne», betont er. Diskussionen müssten sich «an realistischen Szenarien» orientieren. Es dürfe nicht sein, «dass weiter Steuergelder ohne Wirkung verschwendet und die Bevölkerung angelogen wird, wie beim F-35». Wermuth hält fest: «FDP und Mitte müssen sich aus der Umklammerung der SVP befreien und endlich zugestehen, dass es Sicherheit nur mit europäischer Zusammenarbeit gibt.»

Für die Mitte signalisiert Ständerätin Marianne Binder eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Linken. «Ich bin schon dazu bereit», sagt sie. Es frage sich allerdings, was die Linke wolle. «Sie muss von ihren Maximalforderungen abrücken, die jede Lösung verunmöglichen.»

Die FDP ist zurückhaltender. «Die Sicherheit der Schweiz gehe ich gerne mit allen Partnern an», sagt Co-Präsidentin Vincenz-Stauffacher. «Sie ist mir viel zu wichtig, um sie parteipolitischer Ideologie zu überlassen.»

Nachdenken gefordert

Schon die Revision des Kriegsmaterialgesetzes zeige, dass es da wechselnde Allianzen gebe. Über das Gesetz, das den Export von Schweizer Rüstungsgütern deutlich lockern will, wird am 29. November abgestimmt. Es werde einen intensiven Kampf geben, der sofort beginne, sagt Vincenz-Stauffacher. Die Fronten verlaufen hier klassisch:

Die Bürgerlichen kämpfen gegen die Linken, SVP inklusive. Bei den Linken müsse aber mit dem Ja zur – bewaffneten – Neutralität «ein Nachdenken» einsetzen, fordert Vincenz-Stauffacher. «Um die bewaffnete Neutralität glaubhaft zu leben, brauchen wir auch eine Rüstungsindustrie, die diesen Namen verdient.» SP-Co-Präsident Wermuth zieht daraus genau den gegenteiligen Schluss. «Wer sich bei der Neutralität für das Völkerrecht einsetzt, müsste sich auch beim Kriegsmaterialgesetz dagegen aussprechen, dass die Schweiz künftig in alle Diktaturen Waffen liefern kann», sagt er. «Aber ausgerechnet nicht in die Ukraine, die völkerrechtswidrig angegriffen wurde.» Die Aussagen von Vincenz-Stauffacher und Wermuth verdeutlichen: Eine Mitte-links-Koalition in der Sicherheit ist wohl genauso kompliziert wie eine bürgerliche Allianz mit einer SVP, die möglichst wenig Europa will. «Die Linken taten alles, um die Armee zu schwächen, und sie torpedieren jede Armee-Bewaffnungsinitiative», sagt Pro-Schweiz-Präsident Stephan Rietiker. Deshalb sei er überrascht über diese neue Allianzdiskussion. «Wir brauchen eine Rüstungsindustrie, um die Armee zu bewaffnen», sagt er. Und: «Es wird nicht funktionieren, ohne die SVP eine konsistente, kongruente Sicherheitspolitik zu definieren.»

kerrechtswidrig angegriffen wurde.» Die Aussagen von Vincenz-Stauffacher und Wermuth verdeutlichen: Eine Mitte-links-Koalition in der Sicherheit ist wohl genauso kompliziert wie eine bürgerliche Allianz mit einer SVP, die möglichst wenig Europa will. «Die Linken taten alles, um die Armee zu schwächen, und sie torpedieren jede Armee-Bewaffnungsinitiative», sagt Pro-Schweiz-Präsident Stephan Rietiker. Deshalb sei er überrascht über diese neue Allianzdiskussion. «Wir brauchen eine Rüstungsindustrie, um die Armee zu bewaffnen», sagt er. Und: «Es wird nicht funktionieren, ohne die SVP eine konsistente, kongruente Sicherheitspolitik zu definieren.»

Mehr pflanzliche Kost statt Fleisch: Das Thema ist nicht gegessen

Trotz des wuchtigen Neins zur Ernährungsinitiative bleibt unser Essen im Fokus der Politik. Was der Bundesrat vorhat.

Lea Hartmann

Eine Schweiz, die bei der Lebensmittelversorgung weitgehend unabhängig vom Ausland ist. Äcker, auf denen vor allem Kartoffeln, Linsen und Bohnen wachsen und weniger Mais und Weizen, das in den Mägen von Rindern und Schweinen landet. Das war die Vision von Umweltaktivistin Franziska Herren. Eine Vision, der die Stimmbewölkerung am Sonntag eine klare Abfuhr erteilt hat. 72,5 Prozent der Stimmdenden lehnen die Ernährungsinitiative ab. Am grössten ist die Ablehnung in der Zentral- und Ostschweiz mit teilweise über 80 Prozent Nein-Stimmen. Auf den meisten Zuspruch stiess das Begehren in Genf und Basel-Stadt mit einem Nein-Anteil von rund 63 Prozent.

Angesichts der Tatsache, dass Franziska Herren auf keinerlei Unterstützung einer Partei zählen konnte, ist das ein beachtliches Ergebnis. Auch im direkten Vergleich zur Neutralitätsinitiative, hinter der zwar auch ein Einzelkämpfer stand – aber einer mit ganz anderem Netzwerk und Budget. Sie sei sehr zufrieden, sagt Herren deshalb. Der Abstimmungskampf hat sich aus ihrer Sicht trotz Niederlage gelohnt. Dass aktiver Handlungsbedarf besteht, die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, ist für sie absolut klar.

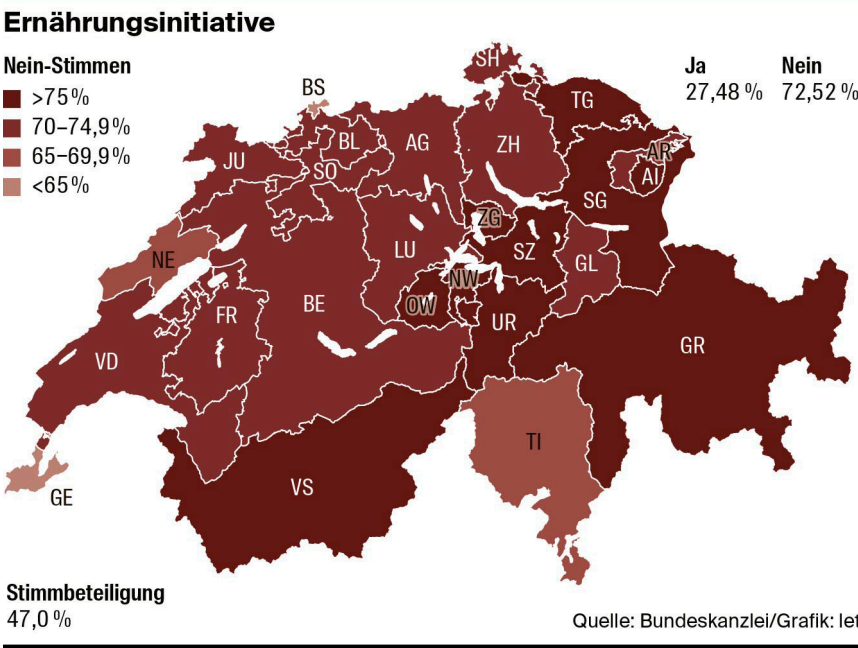
Das Thema ist auch für den Bundesrat nicht gegessen. «Die Ablehnung der Initiative bedeutet nicht, dass sich nichts ändern muss. Im Gegenteil», sagte Landwirtschaftsminister Guy Parmelin am Sonntag vor den Medien. Die Kernforderung der Initiative, nämlich eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrads, strebt auch der Bund an. Wobei er deutlich weniger weit gehen will. Hat die Initiative einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent anvisiert, ist das erklärte Ziel des Bundes, dass mindestens die Hälfte der hierzulande verspeisten Kalorien in der Schweiz produziert wird.

Schweiz verfehlt die gesetzten Ziele

Macht man weiter wie bisher, ist das nicht zu schaffen, wie aus einem Anfang September publizierten Bericht hervorgeht. Derzeit beträgt der Selbstversorgungsgrad 42 Prozent – Tendenz sinkend. Der Bund schätzt die Wahrscheinlichkeit, das 50-Prozent-Ziel zu erreichen, als «gering» ein. Ein Grund dafür ist das Bevölkerungs-

wachstum, aber auch trockene oder nasse Jahre. Mittelfristig ist der Bundesrat deshalb zufrieden, wenn der Selbstversorgungsgrad nicht sinkt. Um die Inlandproduktion zu stärken, hat er schon 2018 die Absicht formuliert, dass «das knappe Ackerland primär für die direkte menschliche Ernährung genutzt werden» soll. Heute wächst auf rund 60 Prozent der Äcker Tierfutter. Auch den in diesem Bereich gesetzten Zielwert für 2030 wird man voraussichtlich verfehlen. Anfang September hat Guy Parmelin den Plan vorgestellt, wie er die Agrarpolitik weiterentwickeln will. Darin wiederholt die Landesregierung das Ziel für die Ackerflächen. Doch wie will man es erreichen? Ein Hebel sind die Subventionen. Für

den Anbau von Gerste, Hafer, Mais und anderem Getreide, das nicht zu Tierfutter wird, soll es künftig Geld vom Bund geben. Umgekehrt sollen die Beiträge für den Anbau von Futterpflanzen halbiert werden. Erst seit 2023 erhalten Bauern Gelder für den Anbau von Kichererbsen oder Linsen. «Viel entscheidender aber ist, dass die Markterlöse stimmen», sagt Bauernverbandspräsident Markus Ritter. Er befürwortet darum, dass der Bundesrat etwa auch die Detailhändler in die Pflicht nehmen will. Mit ihnen sollen Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, um den Absatz von pflanzlichen Proteinen zu stärken. Mehr Werbung für Hülsenfrüchte statt Rindfleisch: Das könnte also bald Realität werden – trotz des wuchtigen Neins zur Ernährungsinitiative.



Kommentar zum Nein zur Ernährungsinitiative

Die Strategie der Linken dürfte sich rächen

Franziska gegen Goliath. Die Gegner der Ernährungsinitiative waren zahlreich. Keine einzige Partei stellte sich hinter das Begehren von Umweltaktivistin Franziska Herren. Dennoch haben nicht alle Parteien gleich viel Grund zum Feiern. Für SP und Grüne dürfte sich das überdeutliche Nein als teure Hypothek erweisen. Eine nachhaltigere Landwirtschaft, die Förderung der Biodiversität und sauberes Trinkwasser: Was die Initiative forderte, ist das, wofür auch die Linken kämpfen. Nach diesem Sonntag dürfte dieser Kampf schwieriger werden. Den Bürgerlichen dient der Abstimmungsausgang künftig als willkommenes Argument gegen mehr Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft.

Manchmal haben Abstimmungsverlierer recht, wenn sie eine Niederlage mit dem Einwand schönreden, dass man zumindest eine Diskussion angestossen habe. Im Fall der Ernährungsinitiative ist sogar das missglückt. Gegen die – auch finanzielle – Übermacht der Gegner hatten die Initianten keine Chance. Omnipräsent waren die Nein-Plakate, die vor einem Verganzwang warnten und das angebliche Ende des Cervelats beschworen. Das liegt nicht nur an den Initianten. Das Ökolager duckte sich und hoffte, der Abstimmungskampf möge möglichst rasch vorbei sein – oder, noch besser, es hätte die Ernährungsinitiative gar nie gegeben. Statt eine eigene Nein-Kampagne zu führen,

liess man, mit spürbarem Unbehagen zwar, den Bauernverband und seine Verbündeten machen. Und das, obwohl die Initiative in der linken Basis durchaus auf Sympathien stiess. Man wollte die Debatte nicht weiter anheizen.

Doch damit überliessen es die Linken den Bürgerlichen, den Ton zu setzen. Ein Ton, der nachhallen wird.



Lea Hartmann lea.hartmann@chmedia.ch

Staatliche Kondome, Abstimmungskrimi und Fangewalt

Während auf nationaler Ebene der Abstimmungssonntag früh klare Verhältnisse schuf, gaben in verschiedenen Teilen der Schweiz kantonale Vorlagen mehr zu reden.

Unter anderem in Genf. Dort sind Verhütungsmittel künftig gratis: Als erster Kanton der Schweiz wird der Staat die Kosten für Antibabypille oder Kondome übernehmen. Rund 58 Prozent der Stimmberechtigten nahmen eine entsprechende Initiative der SP an. Linke, Mitte sowie das Bündnis «Liberté et Justice sociale» hatten das Anliegen unterstützt. FDP, das Mouvement Citoyen Genevois und die SVP stemmten sich vergeblich dagegen. Die Initianten wollen damit ungewollte Schwangerschaften dezimieren, die Regierung muss nun einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausarbeiten. Die Kostenschätzung für die Gratisverhütungsmittel beläuft sich auf rund 20 Millionen jährlich.

Der Kanton Luzern zieht derweil die Schraube an gegen Fangewalt. Der Abstimmungssonntag gestaltete sich zeitweise als veritabler Krimi: Die Mitte-Partei konnte etwas mehr als 50 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für ihr Anliegen gewinnen. Dieses hatte im Vorfeld gemischte Reaktionen ausgelöst: Der Kantonsrat erklärte die Initiative in Teilen für ungültig. Manche Forderungen versties gegen übergeordnetes Recht. Der Gegenentwurf sieht vor, dass Risikospiele klare Bewilligungsregeln erhalten; zudem sind Videoüberwachungen bei Fanmärschen vorgesehen. Auch dieser wurde angenommen und ob-siegt in der Stichfrage.

Basel-Stadt stimmte über eine Initiative der SVP ab, welche die Polizeikosten für unbewilligte Demonstrationen an die Demonstranten überwälzen wollte. Der sogenannten «Anti-Chaoten-Initiative» wurden im Vorfeld gute Chancen eingeräumt. Der Abstimmungssonntag verlief für die SVP indes ernüchternd: Die Initiative stürzte mit mehr als 64 Prozent Nein-Anteil deutlich. Das deutliche Resultat dürfte eine Debatte befeuern, die auch in Bundesbern geführt wird. Nur Tage zuvor hat nach dem National- oder Ständerat eine Motion überwiesen, welche die Überwälzung von Sicherheitskosten auf Demonstranten zum Ziel hat. Auslöser dieser Diskussion war eine unbewilligte Pro-Palästina-Demo in Bern, welche in verschiedenen Vandalenakten endete. (bro)

«Ich habe verstanden: Die Neutralität kommt nicht in die Bundesverfassung.»

Abstimmung löst wenig Echo in Russland aus

Im Vorfeld löste die Neutralitätsinitiative von SVP-Doyen Christoph Blocher internationale Reaktionen aus. «Ich wünsche mir, dass es so bleibt, wie es ist», sagte etwa der deutsche Aussenminister Johann Wadepuhl bei einem Besuch in Bern Mitte August. Und auch Russland verfolgte den Abstimmungskampf. Die Schweiz sei seit Übernahme der Russland-Sanktionen de facto nicht mehr neutral, meldete sich Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Aussenministeriums, zu Wort.

Grosses Echo löste das klare Abstimmungsergebnis indes vorerst nicht aus. Russische Medienagenturen vermeldeten das Ergebnis in aller Kürze. Die staatsnahe Agentur «TASS» titelte, die Schweiz lehne die Initiative zur «Wahrung der Neutralität» ab. Etwas ausführlicher äusserte sich der deutschsprachige Ableger von «Russia Today»: Die Niederlage werfe «Fragen zur Kampagnenführung, zur Verwendung der Mittel und zur Medienberichterstattung auf», schrieb das Portal.

Westliche Medien deuteten das Nein vor allem als Festhalten am bisherigen aussenpolitischen Spielraum. «Neutral – ja, noch neutraler – nein», urteilte etwa die deutsche ARD. Das Resultat dürfte in Russland «für Unmut sorgen».

Aussenminister Ignazio Cassis sagte an der Pressekonferenz vom Sonntag, er habe das internationale Interesse gespürt. Reaktionen habe er aber noch keine erhalten. (bro)



Christoph Blocher SVP-Doyen